

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
Europäischer Rat am 22.05.2013.....	6
EP-Plenum vom 20. - 23.05.2013 in Straßburg: Wesentliche Ergebnisse.....	6
Präsident <i>Hollande</i> diskutiert mit Kommission und schlägt Reformen in der EU vor.....	8
Kommission: Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens hängt von Ukraine ab	8
Geberkonferenz für Mali in Brüssel: Zusagen von 3,25 Mrd. € übertreffen Erwartungen	9
Staatsministerium des Innern	9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	9
EP stimmt für verschärfte Sicherheitsvorschriften für Explosivstoffe	9
Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz	10
Katastrophenschutzkommissarin <i>Georgieva</i> eröffnet neues EU-Krisenreaktionszentrum	10
Asyl und Migration	10
Kommission spricht sich für verstärkte Verzahnung von Entwicklungs- und Migrationspolitik aus	10
Bauen und Wohnen.....	10
Kommission gibt Startschuss für Wettbewerb zur Vergabe des vierten Access City Awards	10
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	11
Europäischer Rat will Steuerbetrug und -hinterziehung stärker bekämpfen.....	11
EP stimmt für europaweiten Schutz von Gewaltopfern	12
Kommission zieht Vorschlag für Olivenölkännchenverbot nach heftigen Protesten zurück	12
Zunahme der Warnmeldungen über potentiell gefährliche Non-Food-Produkte.....	13
Deutsche Grenzwerte für bestimmte chemische Stoffe in Spielzeug bleiben vorerst gültig	13
Staatsministerium der Finanzen	14
Europäischer Rat am 22.05.2013.....	14
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 14.05.2013.....	14
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Euro-Gruppe am 13.05.2013	15
Entschiessung des EP zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	16
Entschiessung des EP zum jährlichen Steuerbericht der Kommission	16
Folgenabschätzung der Kommission zur weiteren Ausgabe von 1- und 2-Cent-Münzen	17
EP billigt gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum.....	17
ECON-Ausschuss nimmt Bericht zum Richtlinienvorschlag zur Sanierung und Abwicklung von Banken an	18
Konsultation zur Reform der Struktur des EU-Bankensektors	18



Entschliessung des EP zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.....	18
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	19
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	19
EP billigt gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum.....	19
ER nimmt Schlussfolgerungen zu Steuerbetrug und -hinterziehung an	19
Entschliessung des EP zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	20
Rat verabschiedet Reform der Rating-Verordnung	20
Konsultation zur Reform der Struktur des EU-Bankensektors	21
EP und Rat einigen sich in Trilogverhandlungen über Tachographen-Pflicht.....	21
EP-Initiativbericht über regionale Strategien für Industriegebiete in der EU	21
EP nimmt nach Parlamentsdebatte Entschliessung zu einer makroregionalen Strategie für die Alpen an	22
Außenwirtschaft	22
Rat verhängt endgültige Schutzzölle auf Porzellan-Importe im Anti-Dumpingverfahren gegen China.....	22
Kommission legt Rat Leitlinien für Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China vor	22
EP nimmt nach Parlamentsdebatte Entschliessung zu Freihandelsabkommen mit den USA an	23
Weiterer Schritt in Richtung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine	23
Energie	24
ER verabschiedet Schlussfolgerungen zum Thema Energie	24
EP-Initiativbericht über aktuelle Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem Energiebinnenmarkt.....	24
Arbeitspapier der Kommission mit Leitlinien zum Thema „unbundling“ im Energiesektor	25
Verkehr	25
Kommission verabschiedet delegierte Rechtsakte über Verkehrsinformationssysteme und sichere LKW-Parkplätze	25
Technologie und Innovation	26
Kommission schlägt neue Europäische Industriestrategie für die Elektronikbranche vor	26
Öko-Innovationen - Neuer CIP-Projektaufruf für marktgerechte Umweltlösungen	26
Sonstiges	27
Donaustrategie erhält sechs wissenschaftliche Cluster zur gegenseitigen Vernetzung	27
Emissionshandel – Bilanz 2012 – Emissionsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Zertifikatsüberschusses	27
EP nimmt Entschliessung zu Renten an.....	27
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	28
Ergebnisse des Agrarrats vom 13. - 14.05.2013 in Brüssel.....	28
Junglandwirte-Konferenz fordert starke Unterstützung des Generationenwechsels in der EU-Landwirtschaft.....	28



EP-Initiativbericht über aktuelle Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem Energiebinnenmarkt.....	29
EP nimmt nach Parlamentsdebatte Entschließung zu Freihandelsabkommen mit den USA an	29
Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen	30
Europäisches Parlament: Plenum in Straßburg nimmt mit großer Mehrheit Entschließung zu Renten an	30
Beschluss des Präsidenten des Gerichts der EU: Deutschland darf bisherige Grenzwerte für Schwermetalle in Spielzeug vorerst weiterhin anwenden	30
Gute Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Schnellwarnsystems RAPEX über gefährliche Non-Food-Produkte im Jahr 2012.....	30
Perspektiven für „Europe’s Lost Generation“	31
Internationaler Tag der Familien: Sensibilisierung für Möglichkeiten des Ausgleichs von Familie und Arbeit im EP	31
Erwerbslosenquoten in den Regionen der EU reichen von 2,5 % bis 38,5 %	31
Frauen in Führungspositionen: Kommissarin <i>Reding</i> diskutiert mit Wirtschaft.....	31
EP nimmt neue Regeln für pyrotechnische Gegenstände an	32
Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....	32
Ergebnisse des EU-Bildungsministerrates am 16.05.2013 in Brüssel	32
Ergebnisse des Jugendministerrats am 16.05.2013	33
Ergebnisse des Sportministerrats am 17.05.2013	33
Perspektiven für „Europe’s Lost Generation“	34
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	34
Ergebnisse des EU-Kulturministerrats am 17.05.2013 in Brüssel	34
Ergebnisse des EU-Bildungsministerrats am 16.05.2013 in Brüssel	35
Rechtlicher Rahmen für Archivierung der historischen Daten der EU-Organe verabschiedet	35
EP fordert Bereichsausnahme für Kultur im Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen der EU mit den USA.....	35
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....	36
Agrarrat vom 13. - 14.05.2013 in Brüssel.....	36
Emissionshandel - Bilanz 2012 - Emissionsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Zertifikatsüberschusses	37
Energiebinnenmarkt: Initiativbericht über aktuelle Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger	37
EP nimmt nach Parlamentsdebatte Entschließung zu einer makroregionalen Strategie für die Alpen an	37
Donaustrategie erhält sechs wissenschaftliche Cluster zur gegenseitigen Vernetzung	38
Öko-Innovationen - Neuer CIP-Projektauftrag für marktgerechte Umweltlösungen	38
Grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen: Rat bestätigt Einigung mit EP	39
Bericht über die Qualität der EU-Badegewässer.....	39



IuK- und Medienpolitik	39
Sitzung des Medienministerrats am 17.05.2013	39
EP will Schutz der Medienfreiheit stärken	40
Marktanteile europäischer Filme auf neuem Rekordniveau	40
Rat hat Mandat für ENISA verlängert	40
EP nimmt nach Parlamentsdebatte Entschließung zu Freihandelsabkommen mit den USA an	40



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

EUROPÄISCHER RAT AM 22.05.2013

HAUPTTHEMEN: ENERGIE UND STEUERN

(s. die Beiträge des StMF und StMWIVT in diesem EB).

BEMÜHUNGEN UM EINHEITLICHE HALTUNG ZU SYRIEN

ALLE MITGLIEDSTAATEN STELLEN AUCH ÜBER 2014 HINAUS JE EINEN KOMMISSAR
Der Europäische Rat (ER) nahm eine im bereits im Dezember 2008 vereinbarte Entscheidung förmlich an, wonach auch künftig jeder Mitgliedstaat ein Mitglied der Europäischen Kommission stellt. Der Vertrag von Lissabon legt zwar fest, dass die Kommission ab 2014 nur noch Mitglieder aus jeweils zwei Dritteln der Mitgliedstaaten umfasst. Dies steht aber unter dem Vorbehalt, dass der ER einstimmig etwas anderes beschließen kann. Der ER hatte im Vorfeld des zweiten irischen Referendums angekündigt, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen, sofern der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt.

EINIGUNG ÜBER DIE KÜNFTIGE ZAHL DER EP-SITZE PRO MITGLIEDSTAAT AUFGESCHOBEN

Dagegen stimmte der ER der vom EP vorgeschlagenen neuen Verteilung der insgesamt 751 Sitze auf die Mitgliedstaaten (EB 05/13) noch nicht zu. Sie wird durch den Beitritt Kroatiens erforderlich, um die im Vertrag von Lissabon festgelegte Höchstzahl von 751 Abgeordneten nach der Europawahl 2014 nicht zu überschreiten. Zwar sind alle Mitgliedstaaten bereit, den Vorschlag des EP anzunehmen, es bestehen aber noch Meinungsverschiedenheiten über die genaue Formulierung.

Schlussfolgerungen des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/137215.pdf

Pressestatement von ER-Präsident *Van Rompuy*:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/137199.pdf

EP-PLENUM VOM 20. - 23.05.2013 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

DEBATTE ÜBER DEN ER

Das EP-Plenum hat mit Kommissionspräsident *Barroso* und der irischen Europaministerin *Creighton* am 21.05. über den zu diesem Zeitpunkt noch bevorstehenden ER am 22.05.2013 diskutiert. Im Anschluss verabschiedete das EP Berichte zu erneuerbaren Energien im Energiebinnenmarkt, zum Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen sowie zum Wachstumspotential der Steuerpolitik (s. Beiträge von StMF und StMWIVT in diesem EB).



BESCHLÜSSE ZU BANKENAUF SICHT UND WWU, DEN VERHANDLUNGEN ÜBER EIN HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN MIT DEN USA UND ZUM GRÜNBUCH RENTEN

Das EP billigte den von EP, Kommission und Rat im Trilog erarbeiteten Kompromiss für eine gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum (s. Beitrag des StMF in diesem EB), fasste eine EntschlieÙung zu dem geplanten Freihandelsabkommen EU-USA (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB) und bezog Position zum Grönbuch Renten der Kommission vom 16.02.2011 (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

ABLEHNUNG EINES VERTRAGSPROTOKOLLS FÜR DIE ANWENDUNG DER GRUNDRECHTECHARTA IN TSCHECHIEN

Das EP lehnte die vom ER geplante Annahme eines Protokolls über die Anwendung der Grundrechtecharta auf die Tschechische Republik ab. Der ER hatte 2009 der Forderung des damaligen tschechischen Staatspräsidenten *Klaus* entsprochen und den Abschluss einer solchen Klausel nach dem Vorbild des Protokolls Nr. 30 über die Anwendung der Grundrechtecharta auf Polen und das Vereinigte Königreich zugesagt. Staatspräsident *Klaus* hatte die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon davon abhängig gemacht. Das EP, das dazu nur angehört wird, lehnte das Protokoll mit großer Mehrheit ab.

FÖRMLICHE ZUSTIMMUNG ZU VORVERLEGUNG DER EUROPAAWHL AUF MAI 2014

Das EP stimmte einem Vorschlag des Rats zu, die Europawahlen nicht am 05.-08.06., sondern am 22.-25.05.2014 durchzuführen. Der Rat hatte sich im März drauf verständigt (EB 05/13) und damit einer Bitte des EP vom November 2012 (EB 21/12) entsprochen, um eine Kollision mit dem Pfingstsonntag (25.05.2014) zu vermeiden.

EP UNTERSTÜTZT ALPENSTRATEGIE UND LEHNT ENGE GEOGRAFISCHE BESCHRÄNKUNG AB

Das Plenum nahm eine EntschlieÙung zu einer makroregionalen Strategie für den Alpenraum an. Darin wird die von den Regionen des Alpenraums 2012 unter maßgeblicher Mitwirkung Bayerns vorgelegte Initiative für eine markoregionale Strategie nach dem Vorbild von Ostsee- und Donaustrategie unterstützt. Staatsministerin *Emilia Müller* begrüÙte die EntschlieÙung und sprach sich dafür aus, dass die EU in den nächsten zwei Jahren eine umfassende Alpenstrategie beschließt. (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

FORDERUNG NACH BEGINN DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT MAZEDONIEN ERNEUERT

Das EP fordert es erneut den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit dem Land, das seit 2005 Kandidatenstatus hat und seit 2009 von Kommission und EP als reif für den Beginn von Verhandlungen angesehen wird. Die entscheidende Hürde dazu bleibe der Streit um den Namen des Landes, der so schnell wie möglich gelöst werden müsse.

KRITIK AN MANGELNDEN FORTSCHRITTEN IN BOSIEN-HERZEGOWINA

Es herrschte verbreitet der Eindruck, das Land falle weiter zurück. Erneut werden umfassende Verfassungsreformen gefordert, vor allem zur Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für



Menschenrechte zum Schutz von Minderheiten. Bosnien-Herzegowina müsse noch viele Bedingungen erfüllen.

BREITE KRITIK AM GEPLANTEN VERBOT VON OLIVENÖLKÄNNCHEN IN RESTAURANTS FÜHRT ZU EINLENKEN DER KOMMISSION

Am Rande des Plenums sorgte das Vorhaben der Kommission, Olivenöl in Restaurants nur noch in gekennzeichneten Einwegbehältern zuzulassen und die in vielen Ländern verbreiteten Ölkännchen zu verbieten, für Aufregung. Viele Abgeordnete kritisierten die geplante Regelung. Am 23.05.2013 erklärte der zuständige Agrarkommissar *Cioloş*, dass die Kommission das Vorhaben angesichts des breiten Protests nicht umsetzen werde (s. Beitrag des StMJV in diesem EB).

Zu weiteren Beschlüssen des EP s. die Beiträge der zuständigen Ressorts in diesem EB.

Alle Beschlüsse des EP finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

PRÄSIDENT *HOLLANDE* DISKUTIERT MIT KOMMISSION UND SCHLÄGT REFORMEN IN DER EU VOR

Der französische Staatspräsident *Hollande* hat sich bei seinem Besuch in Brüssel am 15.05.2013 der Diskussion im Kollegium der Kommissare gestellt. Dabei stand die Entwicklung Europas, vor allem die Bemühungen um mehr Wachstum, im Mittelpunkt. Diskutiert wurde auch über Reformen in Frankreich und die Entwicklung des französischen Haushaltsdefizits. *Hollande* lobte „den Pragmatismus“ der Kommission, die vorgeschlagen hat, Frankreich zwei Jahre mehr Zeit zu geben, um sein Haushaltsdefizit unter 3 % zu senken. Dies ermögliche Frankreich, notwendige Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Kommissionspräsident *Barroso* betonte, Frankreich habe „ein sehr ernsthaftes Problem“ im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und müsse die für Wachstum notwendige Strukturreformen beschleunigen. Kurz nach seinem Brüssel-Besuch kündigte *Hollande* bei einer Pressekonferenz am 16.05.2013 in Paris eine Initiative zur Stärkung der politischen Union in der EU an. Innerhalb von zwei Jahren solle eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone, die unter einem hauptamtlichen Präsidenten einmal monatlich tagt, eingerichtet werden. Sie solle die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten koordinieren und das Steuerrecht harmonisieren. Die Eurozone solle eine Budget bekommen und schrittweise auch Kredite aufnehmen können.

Pressestatement von KOM-Präsident *Barroso*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-413_fr.htm

KOMMISSION: UNTERZEICHNUNG DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS HÄNGT VON UKRAINE AB

Die Kommission hat am 15.05.2013 den Weg für die Prüfung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine durch die Mitgliedstaaten, die anschließende Unterzeichnung und vorläufige Anwendung sowie den danach anstehenden, endgültigen völkerrechtlichen Vertragschluss freigemacht. Gleichzeitig betonte die Kommission, dass die Entscheidung der EU für eine Unterzeichnung des Abkommens von den Fortschritten der Ukraine im Bereich des Wahlrechts und bei Fällen selektiver Justiz sowie bei den vereinbarten Reformen abhängt. Als



Haupt Hindernis gelten die Strafverfahren gegen die frühere Ministerpräsidentin *Timoschenko*. Die Kommission verwies zur Begründung darauf, dass sich die EU und die Ukraine mehrfach zum Ziel gesetzt haben, das Abkommen im November 2013 zu unterzeichnen (EB 04/13). Die Mitgliedstaaten müssten das sehr umfassende Abkommens ausführlich prüfen. Das Abkommen hat besondere Bedeutung, weil es das Assoziierungsabkommen der EU mit den meisten erfassten Bereichen ist und inhaltlich am weitesten geht.

Mitteilung der Kommission zum vorgelegten Vorschlag:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-436_en.htm

Hintergrundinformationen zum Assoziierungsabkommen:

http://eeas.europa.eu/top_stories/2012/140912_ukraine_en.htm

GEBERKONFERENZ FÜR MALI IN BRÜSSEL: ZUSAGEN VON 3,25 MRD. € ÜBERTREFFEN ERWARTUNGEN

Bei einer internationalen Geberkonferenz unter dem Motto „Gemeinsam für die Erneuerung Malis“ hat die internationale Gemeinschaft 3,25 Mrd. € zur Umsetzung des von der malischen Regierung vorgelegten „Plans für den nachhaltigen Wiederaufbau Malis 2013-2014“ zugesagt. 1,35 Mrd. € stammen von der EU und ihren Mitgliedstaaten, davon 524 Mio. € aus dem EU-Haushalt, 280 Mio. € von Frankreich und 100 Mio. € von Deutschland. An der Konferenz, die am 15.05.2013 unter strengen Sicherheitsvorkehrungen im Ausschuss der Regionen unmittelbar neben der Bayerischen Vertretung in Brüssel stattfand, nahmen neben ER-Präsident *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* auch einige Staats- und Regierungschefs, darunter der französische Präsident *Hollande* und Malis Präsident *Traore*, teil.

Ergebnisse der Konferenz:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-429_de.htm

Weitere Informationen:

<http://donor-conference-mali.eu/>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG

EP STIMMT FÜR VERSCHÄRFTE SICHERHEITSVORSCHRIFTEN FÜR EXPLOSIVSTOFFE

Das EP hat in seiner Plenarsitzung in Straßburg am 22.05.2013 für verschärfte Sicherheitsanforderungen beim Vertrieb und im Umgang mit Feuerwerkskörpern ausgesprochen. Der angenommene Textvorschlag geht zurück auf einen Kompromiss, der zuvor mit Rat und Kommission ausgehandelt worden war. Die nun angenommene Neufassung der Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke soll einen leichteren



Marktzugang und einen besseren Schutz für Leben und Eigentum gewährleisten. Die neuen Vorschriften sollen durch eine Harmonisierung und Verschärfung der Sicherheitsvorschriften erreicht werden.

FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

KATASTROPHENSCHUTZKOMMISSARIN GEORGIEVA ERÖFFNET NEUES EU-KRISENREAKTIONSZENTRUM

Die Kommission hat am 15.05.2013 das Europäische Krisenreaktionszentrum ERC (Emergency Response Center) in Brüssel eröffnet, das das bisherige Europäische Überwachungs- und Informationszentrum (MIC) ablöst. Das ERC soll als Koordinationszentrum zwischen Kommission, Mitgliedstaaten, dem betroffenen Land, humanitären Partnern und vor Ort eingesetzten Katastrophenschutzteams dienen. Es soll den nationalen Katastrophenschutzbehörden der am EU-Katastrophenschutzmechanismus beteiligten Staaten Informationen liefern, deren Kräfte bündeln und diese besser aufeinander abstimmen. Die Hauptverantwortung für Krisenbekämpfung und Krisenreaktion soll aber weiterhin bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

Kurzinformation zum ERC:

http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/2013/ERC_de.pdf

ASYL UND MIGRATION

KOMMISSION SPRICHT SICH FÜR VERSTÄRKTE VERZÄHNUNG VON ENTWICKLUNGS- UND MIGRATIONSPOLITIK AUS

Die Kommission hat am 22.05.2013 eine Mitteilung mit dem Titel „Den Beitrag der Migration zur Entwicklung optimieren“ vorgelegt, in der sie ein Konzept vorstellt, wie Migration und Mobilität zu einer integrativen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen und wie die weltweite Zusammenarbeit in diesem Bereich intensiviert werden kann. Sie spricht sich darin für eine engere Verzahnung von Entwicklungs- und Migrationspolitik aus. Migration und Mobilität seien wichtige Motoren einer nachhaltigen Entwicklung sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Migranten. Um diese Effekte zu fördern, müssten die mit der Migration verbundenen Chancen besser genutzt werden.

Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0292:FIN:DE:PDF>

BAUEN UND WOHNEN

KOMMISSION GIBT STARTSCHUSS FÜR WETTBEWERB ZUR VERGABE DES VIERTEN ACCESS CITY AWARDS

Die Kommission hat am 21.05.2013 den Startschuss für den Wettbewerb zur Vergabe des vierten Access City Awards gestartet. Mit dem Preis wird die Stadt in Europa ausgezeichnet, die Menschen mit Behinderung die besten Möglichkeiten für ein barrierefreies Leben gewährleistet. Ziel ist es, lokale Bemühungen



hervorzuheben, die auf ein behindertengerechtes Leben in Städten abzielen und Vorbild für ähnliche Initiativen europaweit sein können. Europäische Städte mit über 50.000 Einwohnern können ihre Bewerbung noch bis zum 10.09.2013 einreichen.

Informationen zum Access City Award und zum Bewerbungsverfahren (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/disabilities/award/index_en.htm

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

EUROPÄISCHER RAT WILL STEUERBETRUG UND -HINTERZIEHUNG STÄRKER BEKÄMPFEN

Im Mittelpunkt des kurzen Treffens des Europäischen Rates (ER) am 22.05.2013 in Brüssel stand neben der Energiepolitik das Thema Steuern, insbesondere die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug. Der ER hat sich darauf verständigt, die Arbeiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und aggressiver Steuerplanung zu beschleunigen. Priorität hat aus Sicht des ER hierbei die Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs. Die EU wird sich im Rahmen der G 8, der G 20 und der OECD dafür einsetzen, dass der automatische Informationsaustausch zum neuen internationalen Standard wird. Die Kommission hat bereits angekündigt, im Juni einen Vorschlag für die Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden vorzulegen, um den automatischen Informationsaustausch auf weitere Einkunftsarten auszudehnen. Der ER fordert, dass die Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie, mit der vor allem Steuerschlupflöcher geschlossen werden sollen, vor Ende des Jahres angenommen wird. Obwohl der Inhalt der Richtlinie nicht mehr strittig ist, haben Österreich und Luxemburg der Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie bisher nicht zugestimmt. Am 14.05.2013 hatte sich der ECOFIN-Rat lediglich auf ein korrespondierendes Verhandlungsmandat zur Verbesserung der Zinsbesteuerungsabkommen der EU mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino geeinigt. Priorität hat aus Sicht des ER auch die Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Gegenüber nicht kooperativen Drittländern und Steuergebieten soll umfassend gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorgegangen werden. Die Richtlinie über den Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges und die Richtlinie über die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (Reverse-Charge-Verfahren) sollen bis spätestens Ende Juni 2013 verabschiedet werden (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Schlussfolgerungen des ER vom 22.05.2013:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/137215.pdf

Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates vom 14.05.2013 zur Vorbereitung der Sitzung des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137120.pdf



EP STIMMT FÜR EUROPAAWEITEN SCHUTZ VON GEWALTOPFERN

Das EP hat am 22.05.2013 mit einer Mehrheit von 602 Stimmen dem letzten Baustein des von der Kommission im Mai 2011 vorgestellten sogenannten „Opferschutzpakets“ (EB 05/13) zugestimmt. Das „Opferschutzpaket“ besteht aus drei Komponenten, dem nun zur Annahme vorliegenden Verordnungsvorschlag über die Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen, einer - nicht-legislativen - Mitteilung der Kommission zur Stärkung der Opferrechte und der Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI (sog. Opferschutzrichtlinie 2012/29/EU), welche am 15.11.2012 in Kraft getreten ist (EB 20/12). Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* begrüßte das Votum des EP: „Opfer häuslicher Gewalt werden sich überall in der EU auf eine Schutzanordnung verlassen können, die in ihrem Herkunftsland erlassen wurde. Das ist ein greifbares Beispiel dafür, wie die EU dazu beiträgt, Opferrechte überall in Europa zu stärken.“

Das Votum folgt einer in den Trilogverhandlungen im Februar erzielten Einigung zwischen EP und Rat und muss noch formal vom Rat angenommen werden. Dies soll anlässlich des JI-Rates am 06./07.06.2013 geschehen.

Pressemeldung Kommission vom 22.05.2013 (nur in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-449_en.htm

KOMMISSION ZIEHT VORSCHLAG FÜR OLIVENÖLKÄNNCHENVERBOT NACH HEFTIGEN PROTESTEN ZURÜCK

Die Kommission hat am 23.05.2013 ihren Vorschlag zur Abänderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 29/2012 der Kommission vom 13.01.2012 nach heftiger Kritik zurückgezogen. In dem Vorschlag war vorgesehen, dass Olivenöl ab dem kommenden Jahr nur noch in verschlossenen, nicht nachfüllbaren Flaschen auf den Restauranttischen stehen dürfe. „Wir haben diesen Vorschlag nicht ausreichend mit den Konsumentenstaaten besprochen“, sagte der Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung *Dacian Cioloş* in Brüssel anlässlich der aktuellen Entscheidung. Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im EP, MdEP *Markus Ferber*, erklärte dazu: „Ich begrüße, dass die Kommission eingelenkt hat. Wohin kommen wir, wenn wir jetzt auch noch regulieren, was auf den Restauranttischen stehen darf und was nicht. Das Motto der Kommission sollte künftig lauten: „Leben und leben lassen.““

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 28/2012 der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:012:0014:0021:DE:PDF>

Verordnung 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:299:0001:0149:DE:PDF>



ZUNAHME DER WARNMELDUNGEN ÜBER POTENTIELL GEFÄHRLICHE NON-FOOD-PRODUKTE

Neun Jahre nach Einführung des EU-Schnellwarnsystems „RAPEX“ zum raschen Informationsaustausch über auf dem europäischen Markt vertriebene Non-Food-Verbraucherprodukte hat die Kommission ihren Jahresbericht für das Jahr 2012 vorgestellt. Mit insgesamt 2.278 gemeldeten Maßnahmen gegen gefährliche Produkte verzeichnete die Kommission eine Zunahme von 26% gegenüber dem Vorjahr 2011, in dem allerdings damals ein Rückgang um 20% gegenüber 2010 festgestellt worden war. *Tonio Borg*, der zuständige Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, verwies darauf, dass der erneute Anstieg nicht unbedingt mit einer Zunahme gefährlicher Waren auf dem Markt einhergehen müsse. Die Zahlen könnten auch auf eine bessere Überwachung, das verbesserte und aktualisierte IT-System für RAPEX und die eingeführten Neuerungen sowie eine verbesserte Kooperation zurückzuführen sein.

Pressemeldung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-438_de.htm

RAPEX Jahresbericht 2012:

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/docs/2012_rapex_report_de.pdf

DEUTSCHE GRENZWERTE FÜR BESTIMMTE CHEMISCHE STOFFE IN SPIELZEUG BLEIBEN VORERST GÜLTIG

Nach einem Beschluss des Gerichtspräsidenten *Marc Jaeger* vom 16.05.2013 im Zusammenhang mit der beim Gericht der Europäischen Union eingereichten Klage (Rechtssache T-198/12 R) Deutschlands auf Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission vom 01.03.2012, die bislang in Deutschland geltenden Grenzwerte für Blei und Barium nur bis zum 21.07.2013 und für Antimon, Arsen und Quecksilber gar nicht mehr zuzulassen, und Erlass einer einstweiligen Anordnung hat Deutschland einen vorläufigen Erfolg erzielt und darf weiter an seinen Grenzwerten bis zur Entscheidung in der Hauptsache festhalten (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemeldung des EuG:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-05/cp130059de.pdf>

Beschluss des Präsidenten:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=137428&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3230794>

Klage Deutschlands:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=124847&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3230794>



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN

EUROPÄISCHER RAT AM 22.05.2013

Im Mittelpunkt des kurzen Treffens des Europäischen Rates (ER) am 22.05.2013 in Brüssel standen die Themen Energiepolitik und Steuern, insbesondere die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug. Der ER hat sich darauf verständigt, die Arbeiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und aggressiver Steuerplanung zu beschleunigen. Priorität hat aus Sicht des ER die Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs. Die EU wird sich im Rahmen der G 8, der G 20 und der OECD dafür einsetzen, dass der automatische Informationsaustausch zum neuen internationalen Standard wird. Die Kommission hat bereits angekündigt, im Juni einen Vorschlag für die Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden vorzulegen, um den automatischen Informationsaustausch auf weitere Einkunftsarten auszudehnen. Der ER fordert, dass die Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie, mit der vor allem Steuerschlupflöcher geschlossen werden sollen, vor Ende des Jahres angenommen wird. Obwohl der Inhalt der Richtlinie nicht mehr strittig ist, haben Österreich und Luxemburg der Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie bisher nicht zugestimmt. Am 14.05.2013 hatte sich der ECOFIN-Rat lediglich auf ein korrespondierendes Verhandlungsmandat zur Verbesserung der Zinsbesteuerungsabkommen der EU mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino geeinigt. Priorität hat aus Sicht des ER auch die Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Gegenüber nicht kooperativen Drittländern und Steuergebieten soll umfassend gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorgegangen werden. Die Richtlinie über den Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges und die Richtlinie über die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (Reverse-Charge-Verfahren) sollen bis spätestens Ende Juni 2013 verabschiedet werden.

Schlussfolgerungen des ER vom 22.05.2013:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/137215.pdf

Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates vom 14.05.2013 zur Vorbereitung der Sitzung des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137120.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 14.05.2013

Der ECOFIN-Rat hat der Kommission einstimmig ein Verhandlungsmandat für die Verbesserung der Zinsbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino erteilt. Die Verhandlungen werden auf der Grundlage des im Jahr 2008 vorgelegten, aber aufgrund des Widerstands von Österreich und Luxemburg noch nicht verabschiedeten Kommissionsvorschlags zur Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie geführt. Mit diesem sollen Schlupflöcher geschlossen werden (Einbeziehung auch von Erträgen aus Dividenden, Lebensversicherungen, Stiftungen und Trusts).



Zum Richtlinienvorschlag zur Sanierung und Abwicklung von Banken gab es eine Aussprache. Zentraler Diskussionspunkt war die Ausgestaltung des sog. „Bail-in-Instruments“, d. h. der Beteiligung von Eigentümern, Gläubigern und Einlegern bei der Abwicklung von Banken. Die irische Ratspräsidentschaft hat nach der Diskussion folgende Eckpunkte festgehalten: Breiter Anwendungsbereich des Bail-in, lediglich begrenzte Zahl von Ausnahmen; Schutz von Einlagen unter 100.000 €; ggf. auch darüber hinaus Bevorzugung der Einlagen. Eine Einigung über das Dossier soll im Juni erzielt werden.

Der ECOFIN-Rat hat eine politische Einigung über den Berichtigungshaushalt 2013 erzielt. In einem ersten Schritt hat der Rat Zahlungsermächtigungen in Höhe von 7,3 Mrd. € politisch gebilligt. Diese Vorgehensweise war am 06.05. bei einem Spitzentreffen zwischen Kommissionspräsident *Barroso*, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), *Martin Schulz*, und der irischen Ratspräsidentschaft zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) vereinbart worden (EB 08/13). Über die von der Kommission vorgeschlagenen weiteren Zahlungsermächtigungen von knapp 4 Mrd. € soll später entschieden werden, wenn nähere Informationen zum Haushaltsvollzug 2013 vorliegen. Seitens des EP gab es erneut heftige Reaktionen und Vorwürfe gegenüber dem Rat. Hintergrund der Kritik ist u. a., dass sich der Rat über die Freigabe von zusätzlichen 7,3 Mrd. € lediglich politisch geeinigt, die Mittel aber nicht formal freigegeben hat. Die Meinungsunterschiede zwischen Rat und EP zum Berichtigungshaushalt 2013 belasten die Trilogverhandlungen zum MFR. Die Gefahr, dass das Ziel, die Verhandlungen bis zur Sommerpause abzuschließen, verfehlt wird, wird immer größer.

Pressemitteilung des ECOFIN-Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137122.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EURO-GRUPPE AM 13.05.2013

Bei der Sitzung der Eurogruppe am 13.05.2013 ging es im Wesentlichen um die Programmländer Griechenland, Zypern und Portugal. Griechenland ist aus Sicht der Troika mit der Umsetzung seines Anpassungsprogramms nach wie vor auf Kurs. Die nächste EFSF-Tranche beträgt insgesamt 7,5 Mrd. € und wird in zwei Teiltranchen aufgeteilt: 4,2 Mrd. € im Mai und 3,3 Mrd. € im Juni. Auch Portugal ist mit seiner Programmumsetzung im Wesentlichen auf Kurs. Die portugiesische Regierung hat sich mit der Troika inzwischen über die Maßnahmen geeinigt, um die durch das Urteil des portugiesischen Verfassungsgerichts entstandene Haushaltslücke von 1,3 Mrd. € zu schließen. Damit ist der Weg für die Auszahlung der nächsten Darlehenstranche in Höhe von 2,1 Mrd. € und die bereits grundsätzliche beschlossene Verlängerung der durchschnittlichen Darlehenslaufzeiten um sieben Jahre frei. Die Überprüfung der Umsetzung der Geldwäschebekämpfungsvorschriften in Zypern durch Moneyval und Deloitte ist inzwischen abgeschlossen. Ergebnis ist, dass es in Zypern zwar angemessene rechtliche Vorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche gibt, die Umsetzung jedoch bisher mangelhaft war. Zypern muss in Zusammenarbeit mit der Troika nunmehr einen Aktionsplan zur Geldwäschebekämpfung aufstellen und umsetzen. Der Präsident der Eurogruppe, *Jeroen Dijsselbloem*, appellierte an Slowenien, schnelle und entschiedene Maßnahmen zur Korrektur seiner makroökonomischen Ungleichgewichte zu treffen. Notwendig seien eine umfassende Reformagenda und die Wiederherstellung des Vertrauens in den slowenischen Bankensektor. Gegen



Slowenien läuft ebenso wie gegen Spanien ein Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte (EB 06/13). Bis Ende Mai prüft die Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters, ob die von Spanien und Slowenien ergriffenen Maßnahmen ausreichen. Entscheidungen zur direkten Rekapitalisierung von Banken wurden noch nicht getroffen. Die Verhandlungen hierzu sollen – parallel zur Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken – im Juni abgeschlossen werden. Dieses Dossier wird zentrales Thema der kommenden Sitzung der Eurogruppe am 20.06.2013 sein.

Erklärung der Eurogruppe zu Griechenland:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137092.pdf

Erklärung der Eurogruppe zu Zypern:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137091.pdf

Erklärung der Eurogruppe zur gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum (Fragen an die EZB):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137094.pdf

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERBETRUG UND STEUERHINTERZIEHUNG

Das EP hat am 21.05.2013 in einer EntschlieÙung gefordert, die jährliche Steuerlücke von bis zu 1 Billion €, die nach Schätzungen in der EU durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, legale Steuerumgehung und aggressive Steuerplanung entsteht, bis 2020 mindestens um die Hälfte zu reduzieren. Einseitige nationale Maßnahmen reichen aus Sicht des EP nicht aus. Die Mitgliedstaaten sollen zusammenarbeiten, die Steuerbemessungsgrundlagen harmonisieren und Maßnahmen durchsetzen, um die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen zu verhindern. Notwendig sei eine europäische schwarze Liste der Steueroasen. Die Mitgliedstaaten werden zudem dringend aufgefordert, den Aktionsplan der Kommission zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu unterstützen.

EntschlieÙung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0205+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUM JÄHRLICHEN STEUERBERICHT DER KOMMISSION

Das EP hat am 21.05.2013 eine EntschlieÙung zum jährlichen Steuerbericht der Kommission (Wege zur Freisetzung des Wachstumspotenzials der EU) angenommen. Das EP stellt klar, dass die Steuerpolitik weiterhin in nationaler Zuständigkeit verbleibt und dass die unterschiedlichen Steuersysteme der Mitgliedstaaten zu respektieren sind. Eine wirksame Koordinierung von Steuerregelungen auf EU-Ebene werde damit aber nicht ausgeschlossen. Das EP spricht sich zur Erleichterung der Koordinierung der Steuerpolitik u. a. für die Schaffung eines EU-weiten Systems der Steuerinformation aus. Darin sollen die Unterschiede zwischen den nationalen Steuersystemen transparent gemacht und Steuersenkungen und -erhöhungen dokumentiert werden.

EntschlieÙung des EP:



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0206+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

FOLGENABSCHÄTZUNG DER KOMMISSION ZUR WEITEREN AUSGABE VON 1- UND 2-CENT-MÜNZEN

Nach einer von der Kommission am 14.05.2013 vorgelegten Folgenabschätzung ist die Herstellung von 1- und 2-Euro-Cent-Münzen für den Euroraum unwirtschaftlich. Aus Sicht der Kommission bestehen vier Handlungsoptionen: Beibehaltung des status quo; Verringerung der Herstellungskosten; Abschaffung als gesetzliches Zahlungsmittel und schneller Einzug der noch im Umlauf befindlichen Münzen; Einstellung der Ausgabe neuer 1- und 2 Cent-Münzen, so dass diese allmählich aus dem Umlauf verschwinden. Die Kommission möchte vorab die o. g. Alternativen zunächst mit allen einschlägigen Interessenträgern diskutieren. Erst danach wird die Kommission einen konkreten Legislativvorschlag unterbreiten.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-425_de.htm

Mitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/cash/coins/pdf/1_2_eurocoins_en.pdf

EP BILLIGT GEMEINSAME BANKENAUF SICHT IM EURORAUM

Das EP hat am 22.05.2013 den in den Verhandlungen mit dem Rat im März erzielten Kompromiss über die Einrichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht für den Euroraum, eines der zentralen Elemente der sog. „Bankenunion“, gebilligt. Die Einigung zwischen Rat und EP umfasst zwei Verordnungen. Durch die erste Verordnung werden der EZB Aufsichtsaufgaben übertragen, die zweite Verordnung dient der Anpassung der EBA-Verordnung an die neue gemeinsame Bankenaufsicht. Abgestimmt wurde allerdings im EP zunächst nur über den Inhalt des Kompromisses. Die endgültige Verabschiedung der Verordnungen hat sich das EP noch vorbehalten. Zunächst müsse die EZB mit dem EP eine Vereinbarung über die Modalitäten für die Erfüllung der demokratischen Rechenschaftspflicht abschließen. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV, Botschafter) hatte das Trilogergebnis bereits am 18.04.2013 akzeptiert (EB 07/13).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20130508FCS08099/7/html/Parlament-unterst%C3%BCtzt-PI%C3%A4ne-f%C3%BCr-EU-Bankenaufsichtssystem>

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20130522%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>



ECON-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUM RICHTLINIENVORSCHLAG ZUR SANIERUNG UND ABWICKLUNG VON BANKEN AN

Der ECON-Ausschuss des EP hat am 21.05.2013 seinen Bericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Sanierung und Abwicklung von Banken (Krisenmanagement im Bankensektor) angenommen. Ein zentrales Element ist das sog. „Bail-in-Instrument“, d. h. die Beteiligung von Eigentümern, Gläubigern und Einlegern bei der Abwicklung von Banken. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, Einlagen unter 100.000 € gänzlich aus dem Bail-in auszunehmen. Einlagen über 100.000 € werden zwar nicht ausgenommen, aber im Rahmen des Bail-in bevorzugt behandelt. Der ECOFIN-Rat strebt eine allgemeine Ausrichtung (politische Einigung) für Juni an. Anschließend können die Trilogverhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20130520IPR08551/20130520IPR08551_en.pdf

KONSULTATION ZUR REFORM DER STRUKTUR DES EU-BANKENSEKTORS

Die Kommission hat am 16.05.2013 eine Konsultation zur Reform der Struktur des EU-Bankensektors eingeleitet. Im Zentrum der Konsultation steht die Frage, wie das von der hochrangigen Expertengruppe unter der Leitung des finnischen Notenbankgouverneurs *Liikanen* vorgeschlagene Trennbankensystem auf EU-Ebene konkret ausgestaltet werden kann. Beim Trennbankensystem geht es vereinfacht dargestellt darum, spekulative und riskante Handelsaktivitäten einer Bank vom Kundengeschäft abzutrennen. Die Kommission zeigt in ihrem Konsultationspapier mehrere Optionen für die auszugliedernden Handelsaktivitäten auf. Die Konsultation läuft bis 03.07.2013. Beteiligen können sich alle Bürger und sonstige interessierte Kreise.

Internetseite der Konsultation:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2013/banking-structural-reform/index_en.htm

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR WEITEREN VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Das EP hat am 23.05.2013 eine EntschlieÙung zu den beiden von der Kommission am 20.03.2013 veröffentlichten Mitteilungen zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (EB 06/13) angenommen. Die erste Mitteilung enthält Vorschläge, wie die wichtigsten wirtschaftspolitischen Reformen der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene vorab koordiniert werden können, bevor sie auf nationaler Ebene verabschiedet werden. Mit der zweiten Mitteilung zeigt die Kommission Optionen für die Schaffung eines Instruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit auf (vertragliche Vereinbarungen über umzusetzende Strukturreformen gegen finanzielle Unterstützung). Das EP reagiert in dieser EntschlieÙung zurückhaltend auf die Mitteilungen der Kommission. Der vollständige Umsetzung des mit dem sog. „Six Pack“ und mit dem „Two Pack“ eingerichteten neuen Rahmens zur wirtschaftspolitischen Steuerung müsse Vorrang vor etwaigen neuen Vorschlägen haben. Das EP kritisiert, dass der Schwerpunkt der Mitteilungen auf der Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit liege, während die Themen Steuerumgehung und die soziale Dimension



keine Rolle spielen. Zudem sehen die Kommissionsmitteilungen aus Sicht des EP nur eine sehr begrenzte parlamentarische Kontrolle vor.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/>

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

EP BILLIGT GEMEINSAME BANKENAUF SICHT IM EURORAUM

Das EP hat am 22.05.2013 den in den Verhandlungen mit dem Rat im März erzielten Kompromiss über die Einrichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht für den Euroraum, eines der zentralen Elemente der sog. „Bankenunion“, gebilligt. Die Einigung zwischen Rat und EP umfasst zwei Verordnungen. Durch die erste Verordnung werden der EZB Aufsichtsaufgaben übertragen, die zweite Verordnung dient der Anpassung der EBA-Verordnung an die neue gemeinsame Bankenaufsicht. Abgestimmt wurde allerdings im EP zunächst nur über den Inhalt des Kompromisses. Die endgültige Verabschiedung der Verordnungen hat sich das EP noch vorbehalten. Zunächst müsse die EZB mit dem EP eine Vereinbarung über die Modalitäten für die Erfüllung der demokratischen Rechenschaftspflicht abschließen. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV, Botschafter) hatte das Trilogergebnis bereits am 18.04.2013 akzeptiert (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/>

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

ER NIMMT SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU STEUERBETRUG UND -HINTERZIEHUNG AN

Neben dem Thema Energie hat sich der ER am 22.05.2013 mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug beschäftigt und sich darauf verständigt, die Arbeiten hierzu und zur aggressiver Steuerplanung zu beschleunigen. Priorität hat aus Sicht des ER die Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs. Die EU wird sich im Rahmen der G 8, der G 20 und der OECD dafür einsetzen, dass der automatische Informationsaustausch zum neuen internationalen Standard wird. Die Kommission hat bereits angekündigt, im Juni einen Vorschlag für die Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden vorzulegen, um den automatischen Informationsaustausch auf weitere Einkunftsarten auszudehnen. Der ER fordert, dass die Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie, mit der vor allem Steuerschlupflöcher



geschlossen werden sollen, vor Ende des Jahres angenommen wird. Obwohl der Inhalt der Richtlinie nicht mehr strittig ist, haben Österreich und Luxemburg der Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie bisher nicht zugestimmt. Am 14.05.2013 hatte sich der ECOFIN-Rat lediglich auf ein korrespondierendes Verhandlungsmandat zur Verbesserung der Zinsbesteuerungsabkommen der EU mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino geeinigt. Priorität hat aus Sicht des ER auch die Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Gegenüber nicht kooperativen Drittländern und Steuergebieten soll umfassend gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorgegangen werden. Die Richtlinie über den Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges und die Richtlinie über die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (Reverse-Charge-Verfahren) sollen bis spätestens Ende Juni 2013 verabschiedet werden (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Schlussfolgerungen des ER vom 22.05.2013:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/137215.pdf

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERBETRUG UND STEUERHINTERZIEHUNG

Das EP hat am 21.05.2013 in einer EntschlieÙung gefordert, die jährliche Steuerlücke von bis zu 1 Billion €, die nach Schätzungen in der EU durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, legale Steuerumgehung und aggressive Steuerplanung entsteht, bis 2020 mindestens um die Hälfte zu reduzieren. Einseitige nationale Maßnahmen reichen aus Sicht des EP nicht aus. Die Mitgliedstaaten sollen zusammenarbeiten, die Steuerbemessungsgrundlagen harmonisieren und Maßnahmen durchsetzen, um die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen zu verhindern. Notwendig sei eine europäische Schwarze Liste der Steueroasen. Die Mitgliedstaaten werden zudem dringend aufgefordert, den Aktionsplan der Kommission zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu unterstützen (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

EntschlieÙung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

RAT VERABSCHIEDET REFORM DER RATING-VERORDNUNG

Der Rat hat am 13.05.2013 ohne Aussprache die Reform der Rating-Verordnung formell verabschiedet. Die Annahme durch den Rat war nach der bereits Ende November 2012 erzielten Trilog-Einigung, der Billigung durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter (Botschafter) am 05.12.2012 sowie der Annahme durch das EP-Plenum am 16.01.2013 eine reine Formsache. Wichtige Aspekte der Reform sind die Regulierung der Ratings über die Bonität von Staaten, die Eindämmung von Interessenkonflikten, Schadensersatzpflichten bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Rechtsverstößen, die übermäßige Abhängigkeit von Ratings und die Einführung eines Rotationsprinzips bei bestimmten strukturierten Finanzprodukten.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137078.pdf



KONSULTATION ZUR REFORM DER STRUKTUR DES EU-BANKENSEKTORS

Die Kommission hat am 16.05.2013 eine Konsultation zur Reform der Struktur des EU-Bankensektors eingeleitet. Im Zentrum der Konsultation steht die Frage, wie das von der hochrangigen Expertengruppe unter der Leitung des finnischen Notenbankgouverneurs Liikanen vorgeschlagene Trennbankensystem auf EU-Ebene konkret ausgestaltet werden kann. Beim Trennbankensystem geht es vereinfacht dargestellt darum, spekulative und riskante Handelsaktivitäten einer Bank vom Kundengeschäft abzutrennen. Die Kommission zeigt in ihrem Konsultationspapier mehrere Optionen für die auszugliedernden Handelsaktivitäten auf. Die Konsultation läuft bis 03.07.2013. Beteiligen können sich alle Bürger und sonstige interessierte Kreise.

Internetseite der Konsultation:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2013/banking-structural-reform/index_en.htm

EP UND RAT EINIGEN SICH IN TRILOGVERHANDLUNGEN ÜBER TACHOGRAPHEN-PFLICHT

Das EP und der Rat haben sich am 14.05.2013 im Rahmen der Trilogverhandlungen über die von der Kommission am 19.07.2011 vorgeschlagene Neufassung der Tachographen-Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 geeinigt. Dabei geht es um die Pflicht zur Ausrüstung von gewerblich genutzten Fahrzeugen mit elektronischen Fahrtenschreibern, um die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten von Fahrern besser kontrollieren zu können. Nach den Kompromissergebnissen bleibt es v. a. bei der von der Kommission vorgeschlagenen, verpflichtenden Einführung digitaler Fahrtenschreiber für Fahrzeuge ab 3,5 t (die Bestrebungen des EP, den Schwellenwert auf 2,8 t abzusenken, konnten sich nicht durchsetzen). Eine Ausnahme von der Verpflichtung soll dabei für Fahrzeuge von Handwerkern mit einem Aktionsradius bis zu 100 km vom Unternehmenssitz gelten; die von Deutschland und Bayern geforderte Erweiterung auf 150 km wurde abgelehnt. Innerhalb von 100 km sollen auch Fahrzeuge von Nicht-Berufskraftfahrern bis 7,5 t ausgenommen werden. EP und Rat müssen dem Kompromiss nun noch offiziell zustimmen.

Pressemitteilung des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/>

EP-INITIATIVBERICHT ÜBER REGIONALE STRATEGIEN FÜR INDUSTRIEGEBIETE IN DER EU

Das EP hat am 22.05.2013 einen Initiativbericht des Berichterstatters *Jens Geier* (SPD) über regionale Strategien für Industriegebiete in der EU mit großer Mehrheit (618/19/36) angenommen. Um das Potenzial der europäischen Industrie voll ausschöpfen zu können, fordert der Bericht einen integrierten und systematischen Ansatz bei der Entwicklung industrieller wie regionaler Strategien sowie mehr Kohärenz zwischen politischen Maßnahmen auf allen Ebenen. Neben dem Vorschlag konkreter Maßnahmen, wie etwa der Förderung alt-industrieller Regionen durch die EU-Strukturfonds oder dem Aufbau innovativer Netzwerke, wird die Kommission aufgefordert, die aktuelle Situation von Industriegebieten zu analysieren und ihnen Orientierungshilfen zu bieten. Schließlich sollen in einer breit angelegten Partnerschaft regionale Strategien, politische Konzepte und Instrumente für nachhaltiges Wachstum entwickelt werden.



Der Bericht findet sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

EP NIMMT NACH PARLAMENTSDEBATTE ENTSCHEIDUNG ZU EINER MAKROREGIONALEN STRATEGIE FÜR DIE ALPEN AN

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach einer Parlamentsdebatte eine EntschlieÙung zu einer makroregionalen Strategie für die Alpen angenommen, die das Bestreben der Alpenregionen nach größerer Kooperation und Verbesserung in den Bereichen Mobilität, Energiesicherheit, Umweltschutz, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Kulturaustausch und Zivilschutz im Rahmen einer makroregionalen Strategie unterstützt. Die gemeinsame Strategie würde gerade auch für den Bereich der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) einen großen Mehrwert bedeuten. Alle bisherigen Initiativen auf regionaler, nationaler und EU-Ebene müssten sich dabei aber ergänzen und insbesondere die Inhalte der Alpenkonvention berücksichtigen. Auch müsse sich die Alpenstrategie an die bereits existierenden makroregionalen Strategien für den Ostsee- bzw. den Donaoraum anlehnen und die mit diesen gemachten Erfahrungen einbeziehen. Die Bestrebungen vieler Abgeordneter, u. a. der Grünen, den geografischen Anwendungsbereich der Alpenstrategie in einem Absatz (Absatz 5, über den gesondert abgestimmt wurde) auf den der Alpenkonvention zu beschränken, konnten sich am Ende nicht durchsetzen.

Zur EntschlieÙung des EP (Stand vor der Abstimmung, Abs. 5 wurde abgelehnt):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2013-0190&language=DE>

AUSSENWIRTSCHAFT

RAT VERHÄNGT ENDGÜLTIGE SCHUTZZÖLLE AUF PORZELLAN-IMPORTE IM ANTI-DUMPINGVERFAHREN GEGEN CHINA

Am 13.05.2013 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission im Antidumping-Verfahren gegen China wegen zu unter Marktpreisen angebotenen Porzellanimporten endgültige Schutzmaßnahmen nach der Antidumping-Verordnung (EG) 1225/2009 ergriffen. Er verhängte Schutzzölle in einer Spanne von 13,1 % bis 23,4 % gegen rund 400 konkret genannte chinesische Firmen und in Höhe von 36,1 % gegen alle weiteren chinesischen Firmen. Die Schutzzölle liegen damit unter denen, die die Kommission im Rahmen ihrer vorläufigen Schutzmaßnahmen erhoben hatte. Die verhängten Schutzzölle haben als langfristige Maßnahmen grundsätzlich eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren.

Durchführungsverordnung des Rates :

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:131:0001:0045:DE:PDF>

KOMMISSION LEGT RAT LEITLINIEN FÜR VERHANDLUNGEN ÜBER EIN INVESTITIONSABKOMMEN MIT CHINA VOR

Am 23.05.2013 hat die Kommission dem Rat Leitlinien für Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China vorgelegt. Ziel wäre, die Investitionsmärkte in beide Richtungen weiter zu öffnen und die



Rechtssicherheit v. a. von europäischen Investoren in China zu erhöhen, was den Schutz geistigen Eigentums und von technologischem Know-How einschließen würde. Bestehende Investitionshemmnisse sollen abgebaut und ein besserer Marktzugang für europäische Firmen gewährleistet werden, welcher derzeit noch durch die in China verpflichtend vorgesehenen Joint-Venture-Gründungen beschränkt sei. Sobald die Mitgliedstaaten im Rat der Kommission ein entsprechendes Mandat erteilen und die chinesischen Behörden ihre internen Vorgänge zu dem Thema abgeschlossen haben, können die Verhandlungen beginnen.

Pressemitteilung der Kommission (nur in englischer Sprache) :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-458_en.htm?locale=en

EP NIMMT NACH PARLAMENTSDEBATTE ENTSCHEIDUNG ZU FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA AN

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach Erklärungen des Rates und der Kommission sowie einer Parlamentsdebatte am Vortag eine Entschließung zu den Verhandlungen der EU mit den USA über ein Handels- und Investitionsabkommen angenommen. Darin befürwortet das EP die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA und begrüßt, dass damit der gegenseitige Marktzugang, der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse sowie die Entwicklung gemeinsamer und für alle auf beiden Seiten agierender Behörden verbindliche Regeln für weitestgehende Handelserleichterungen vorangetrieben werden sollen. Strenge Anforderungen müssten dabei aber v. a. an den Schutz geistigen Eigentums und den Datenschutz gestellt werden. Als „Verhandlungsfeld mit sensiblem Charakter“ bezeichnet das EP den Agrarsektor und fordert die Achtung der grundlegenden Wertorientierungen beider Seiten. Es bezieht sich dabei insbesondere auf die unterschiedlichen Auffassungen zu genetisch veränderten Organismen, zum Klonen und zum Verbraucherschutz. Da die sprachliche und kulturelle Vielfalt der EU, etwa im audiovisuellen Bereich und im Bereich kultureller Dienstleistungen nicht gefährdet werden dürfte, sollten Dienste mit kulturellen oder audiovisuellen Inhalten gänzlich vom Verhandlungsmandat ausgeklammert werden.

Pressemitteilung des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/>

Zum angenommenen Text der Entschließung :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20130523&secondRef=TOC&language=de>

WEITERER SCHRITT IN RICHTUNG EINES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND DER UKRAINE

Am 15.05.2013 hat die Kommission ihre beiden Vorschläge für einen jeweiligen Beschluss des Rates über Unterzeichnung und vorläufiges Inkrafttreten einerseits sowie für den Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine andererseits vorgelegt. Im Rahmen des Abkommens, dessen Zustandekommen aber derzeit noch an rechtsstaatliche Bedingungen, Anpassungen von Gesetzen an EU-Normen und weitere Reformen in der Ukraine geknüpft ist, ist auch die Einrichtung einer



Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine vorgesehen, um die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Partner zu stärken und den gegenseitigen Marktzugang zu erleichtern. Sofern die Ukraine den Bedingungen innerhalb der nächsten Monate nachkomme und die EU-Mitgliedstaaten es auf nationaler Ebene billigten, könne das Assoziierungsabkommen bereits im Rahmen des Treffens mit Ländern der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013 in Vilnius unterzeichnet werden und so zur vorläufigen Anwendung kommen.

Pressemitteilung (nur in englischer Sprache) :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-436_en.htm?locale=en

ENERGIE

ER VERABSCHIEDET SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM THEMA ENERGIE

Der ER hat sich am 22.05.2013 neben der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung schwerpunktmäßig mit dem Thema Energie befasst und diesbezüglich Schlussfolgerungen angenommen. Diese sollen an die Schlussfolgerungen des ER von Februar 2011 anknüpfen und identifizieren die aus Sicht des Rates wichtigsten Punkte, die es in Zeiten der Wirtschaftskrise im Hinblick auf Wachstum, Beschäftigung und den Erhalt der europäischen Wettbewerbsfähigkeit voranzubringen gilt: Vollendung des Energiebinnenmarktes und Ausbau der Verbundnetze, Erleichterung von Investitionen, Diversifizierung der Energieversorgungsquellen, Förderung von Energieeffizienz und die Eindämmung steigender Energiekosten. Der Rat wird beauftragt, bis Ende des Jahres über die Fortschritte in diesen Bereichen zu berichten.

Schlussfolgerungen des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/137215.pdf

EP-INITIATIVBERICHT ÜBER AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER AUF DEM ENERGIEBINNENMARKT

Das EP hat am 21.05.2013 einen Initiativbericht von Berichterstatter *Herbert Reul* (CDU) mit großer Mehrheit (465/177/46) angenommen, in dem es sich den aktuellen Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem europäischen Energiebinnenmarkt widmet. Der Bericht betont dabei die wichtige Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Steigerung ihres Anteils am Energiemix. Er fordert die rasche Vollendung des Energiebinnenmarktes, den Ausbau der notwendigen Energieinfrastrukturen, die stärkere Einbindung der Perspektiven des Verbrauchers, die Gewährleistung offener und fairer Energiemärkte im internationalen Handel und die gezielte Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung (F&E&I) im Energiebereich. Schließlich appelliert das EP an die Mitgliedstaaten und die Kommission, rasch einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die Förderung erneuerbarer Energieträger aufzustellen.

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/>



Zum Initiativbericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

ARBEITSPAPIER DER KOMMISSION MIT LEITLINIEN ZUM THEMA „UNBUNDLING“ IM ENERGIESEKTOR

Die Kommission hat vor Kurzem ein bereits am 08.05.2013 angenommenes Arbeitspapier mit Leitlinien veröffentlicht, mit dem sie mehr Rechtsklarheit beim Thema „ownership unbundling“ im Energiesektor v. a. für Investitionen Dritter schaffen möchte. Die Elektrizitätsrichtlinie 2009/72/EG und die Gasrichtlinie 2009/73/EG des Dritten Energiepakets schreiben jeweils in Art. 9 die strukturelle Trennung der Übertragungsnetze und -betreiber von der Energieerzeugung und -versorgung vor (Entflechtung/„unbundling“). Die Entflechtungsregeln sollen laut Aussage der Kommission aber nicht dazu führen, dass Finanzinvestoren nicht gleichzeitig sowohl in Energienetze als auch in Kraftwerke investieren können. Anhand ihrer bisherigen Auslegungspraxis zeigt die Kommission in ihrem Arbeitspapier nun Grundsätze auf, die sie bei der Anwendung der Entflechtungsregeln im Rahmen von Zertifizierungsverfahren anwendet. Diese werden zwar sie selbst binden, nicht jedoch die ausschließliche Auslegungskompetenz des EuGH von EU-Recht beschneiden.

Arbeitspapier der Kommission (nur in englischer Sprache) :

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/interpretative_notes/doc/implementation_notes/swd_2013_0177_en.pdf

VERKEHR

KOMMISSION VERABSCHIEDET DELEGIERTE RECHTSAKTE ÜBER VERKEHRSINFORMATIONSSYSTEME UND SICHERE LKW-PARKPLÄTZE

Die Kommission hat am 15.05.2013 zwei delegierte Rechtsakte in Form von Verordnungen zur Bereitstellung von intelligenten Verkehrsinformationsdiensten für Kfz-Fahrer angenommen. Die erste betrifft Verkehrsinformationen über drohende Gefahren auf der Straße und soll eine schnelle und kostenlose Versorgung aller Autofahrer mit Informationen über drohende Gefahren im Straßenverkehr ermöglichen, etwa über ungesicherte Unfallstellen. Die zweite Verordnung über die Bereitstellung von Informationsdiensten über sichere Parkplätze sieht ein Informationssystem für Berufskraftfahrer über sichere Parkmöglichkeiten vor. Diese Informationsdienste müssen von den Mitgliedstaaten zwar nicht verbindlich eingeführt werden, wenn aber Mitgliedstaaten, Straßenbetreiber oder Dienstleister solche Systeme (etwa über Verkehrsanzeigen, Smartphone-Applikationen) entwickeln und einführen möchten, müssen sie den Anforderungen der Verordnungen nachkommen und diese interoperabel und kompatibel ausgestalten.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-430_de.htm

Delegierte Verordnung zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU in Bezug auf Daten und Verfahren für die möglichst unentgeltliche Bereitstellung eines Mindestniveaus allgemeiner für die Straßenverkehrssicherheit



relevanter Verkehrsinformationen für die Nutzer:

[http://ec.europa.eu/transport/themes/its/news/doc/c\(2013\)2550_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/themes/its/news/doc/c(2013)2550_de.pdf)

Delegierte Verordnung zur Ergänzung der IVS-Richtlinie 2010/40/EU in Bezug auf die Bereitstellung von Informationsdiensten für sichere Parkplätze für Lastkraftwagen und andere gewerbliche Fahrzeuge:

[http://ec.europa.eu/transport/themes/its/news/doc/c\(2013\)2549_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/themes/its/news/doc/c(2013)2549_de.pdf)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

KOMMISSION SCHLÄGT NEUE EUROPÄISCHE INDUSTRIESTRATEGIE FÜR DIE ELEKTRONIKBRANCHE VOR

Die Kommission hat am 23.05.2013 ihre Mitteilung für eine neue europäische Strategie für Mikro- und Nanoelektronikkomponenten und -systeme vorgelegt, mit der sie eine Kampagne für koordinierte öffentliche Investitionen in Mikro- und Nanoelektronik starten möchte. Die Fertigungsmengen v. a. von Halbleitern und Computerchips in Europa sollen sich dadurch auf etwa 20 % der Weltproduktion verdoppeln, höher als der Anteil der USA. Hierfür sollen bis 2020 mehr als 100 Mrd. € Privatinvestitionen mobilisiert werden. Die Kommission schlägt dabei eine Reihe von Maßnahmen vor, u. a. die Einrichtung einer Electronics Leaders Group, die in Zusammenarbeit mit der Industrie einen Fahrplan für die Stärkung der drei europäischen Exzellenzcluster in Dresden, Eindhoven/Löwen und Grenoble und ihre bessere Anbindung an weitere europäische Cluster aufstellen soll.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-455_de.htm

Zur Mitteilung der Kommission (derzeit nur in englischer Sprache) :

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news>

ÖKO-INNOVATIONEN - NEUER CIP-PROJEKTAUFRUF FÜR MARKTGERECHTE UMWELTLÖSUNGEN

Die Kommission hat im Rahmen der CIP-Initiative Öko-Innovationen am 16.05.2013 einen neuen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht. Insgesamt 31,5 Mio. € werden hierbei für die 45 besten Öko-Innovationsprojekte zur Verfügung gestellt. Interessierte Unternehmer können zu fünf ausgewählten Themenbereichen (Materialrückführung, Wasser, nachhaltige Baustoffe, umweltfreundliche Geschäftspraktiken sowie Lebensmittel und Getränke) entsprechende Anträge bis zum 05.09.2013 eingereichen (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

CIP Öko-Innovations-Initiative:

<http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/>

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Öko Innovationen 2013:

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/apply-funds/call-proposal/index_en.htm



SONSTIGES

DONAUSTRATEGIE ERHÄLT SECHS WISSENSCHAFTLICHE CLUSTER ZUR GEGENSEITIGEN VERNETZUNG

Im Rahmen der hochrangigen Tagung in Bratislava zur Donaustrategie haben die Kommission, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger am 16.05.2013 den Startschuss für sechs neue wissenschaftliche Cluster zur weiteren Vernetzung in der Donauregion gegeben. Diese sollen künftig die wissenschaftlichen Grundlagen für die Donaustrategie liefern und die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Region fördern. Die Cluster konzentrieren sich dabei auf sechs Themen: Wasser, Land und Boden, Bioenergie, Luft, Datenaustausch und -harmonisierung sowie intelligente Spezialisierung. Während sich Wissenschaftler der 14 Donauanrainerstaaten regelmäßig zum Austausch treffen sollen, sollen die politischen Entscheidungsträger einmal jährlich über die aktuellen Clusteraktivitäten informiert werden.

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-440_de.htm?locale=en

EMISSIONSHANDEL – BILANZ 2012 – EMISSIONSRÜCKGANG BEI GLEICHZEITIGEM ANSTIEG DES ZERTIFIKATSÜBERSCHUSSES

Klimakommissarin *Connie Hedegaard* zog am 16.05.2013 Bilanz der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2012. Nach den Angaben aus dem Unionsregister sind die Emissionen der am Handelssystem (ETS) teilnehmenden Anlagen im vergangenen Jahr um 2 % zurückgegangen, gleichzeitig hat sich aber die Überallokation bei den CO₂-Berechtigungen weiter ausgeweitet. Mit 1.867 Mrd. t CO₂-Äquivalenten lagen die erfassten Emissionen um etwa 2 % unter dem Wert für 2011, der Gesamtüberschuss an Zertifikaten erhöht sich allerdings auf beinahe 2 Milliarden (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

Portal der GD Klimapolitik für die Register auf EUROPA:

http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry/index_en.htm

Zuteilungen an CO₂-Berechtigungen und geprüfte Emissionen:

http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/monitoring/docs/compliancetable1_en.pdf

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZU RENTEN AN

Das EP hat am 21.05.2013 mit großer Mehrheit (502/138/49) eine Entschließung über eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten angenommen, die auf dem Bericht der Berichterstatterin *Ria Oomen-Ruijten* (EVP/NL) basiert. Der Entwurf betont die Rolle der gesetzlichen Renten bei der Wahrung eines angemessenen Lebensstandards für alle und fordert die Mitgliedstaaten auf, diese Renten zu sichern. Mit Blick auf die Solvabilitätsanforderungen bei Betriebsrenten spricht sich die Entschließung gegen eine vorbehaltlose Anwendung der Anforderungen der Richtlinie Solvabilität II (Solvency II) auf die Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge aus (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).



Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/>

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

ERGEBNISSE DES AGRARRATS VOM 13. - 14.05.2013 IN BRÜSSEL

Vom 13. - 14.05.2013 fand der Rat für Landwirtschaft und Fischerei in Brüssel statt. Für den Bereich Landwirtschaft informierte die irische Ratspräsidentschaft über den Stand der Triloggespräche zur GAP-Reform. Für drei Reformthemen wurden mögliche Kompromisslinien mit EP und Kommission vorgestellt. In der Aussprache blieben die Minister bei ihrer in der Allgemeinen Ausrichtung (EB 06/13) festgelegten Ablehnung verpflichtender Regelungen (i) für eine Negativliste, um bestimmte Betriebstypen von Direktzahlungen auszuschließen (Festlegung Aktiver Landwirt), (ii) zur Gewährung von Direktzahlungsaufschlägen für Junglandwirte und (iii) zu einem vereinfachten Förderprogramm für Kleinlandwirte. Allerdings gab es auch Zeichen für eine Annäherung an die Kompromissvorschläge. Der Kommissionsvorschlag für einen Ratsbeschluss zur Festlegung des EU-Standpunkts bei der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) fand keine qualifizierte Mehrheit. DEU und sechs weitere Mitgliedstaaten lehnten den Vorschlag ab, da er sich nicht auf die zutreffende Rechtsgrundlage stütze. Die griechische Delegation informierte darüber, wie der Änderungsvorschlag zur Tabakprodukttrichtlinie zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere in GRC, gefährde. Zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) erreichte der Rat am frühen Morgen des 15.05. eine Änderung des Verhandlungsmandats, dem die EP-Vertreter noch zustimmen müssen. Damit kann sich der nächste Rat für Landwirtschaft und Fischerei am 24./25.06.2013 auf die GAP-Reform konzentrieren.

Vorläufige Pressemitteilung des Rates:

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/137095.pdf

JUNGLANDWIRTE-KONFERENZ FORDERT STARKE UNTERSTÜTZUNG DES GENERATIONENWECHSELS IN DER EU-LANDWIRTSCHAFT

Am 14.05.2013 kam in Brüssel der Europäische Rat der Junglandwirte (CEJA) mit hochrangigen Vertretern von Kommission, Rat und EP zu einer Konferenz zusammen. CEJA-Präsident *Joris Baecke* rief in Erinnerung, dass derzeit nur 6 % der europäischen Landwirte jünger als 35 Jahre sind und forderte im Rahmen der GAP-Reform starke Maßnahmen zur Unterstützung des Generationenwechsels im Agrarsektor. Programme zur Förderung von Junglandwirten dürften nicht Zugeständnissen bei den Trilogverhandlungen zum Opfer fallen. Agrarkommissar *Cioloş* und EP-Agrarausschussvorsitzender *De Castro* (S&D/ITA) betonten die gemeinsame Haltung von Kommission und EP für eine verpflichtende Junglandwirteförderung in der 1. Säule GAP (s. Beitrag zum Agrarrat in diesem EB) und einen gemeinsamen Ansatz zur Junglandwirteförderung in beiden GAP-Säulen. Ratspräsident *Coveney* verwies einerseits auf die Allgemeine Ausrichtung des Rates, die in der



1. Säule eine für die Mitgliedstaaten freiwillige Junglandwirteförderung fordert, machte andererseits aber auch klar, dass ein einheitlicher Ansatz auf EU-Ebene ein wichtiges Signal senden könne und er persönlich eine verpflichtende Förderung in der 1. Säule befürworte.

EP-INITIATIVBERICHT ÜBER AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER AUF DEM ENERGIEBINNENMARKT

Das EP hat am 21.05.2013 einen Initiativbericht von Berichterstatter *Herbert Reul* (CDU) mit großer Mehrheit (465/177/46) angenommen, in dem es sich den aktuellen Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem europäischen Energiebinnenmarkt widmet. Der Bericht betont dabei die wichtige Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Steigerung ihres Anteils am Energiemix. Er fordert die rasche Vollendung des Energiebinnenmarktes, den Ausbau der notwendigen Energieinfrastrukturen, die stärkere Einbindung der Perspektiven des Verbrauchers, die Gewährleistung offener und fairer Energiemärkte im internationalen Handel und die gezielte Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung im Energiebereich. Schließlich appelliert das EP an die Mitgliedstaaten und die Kommission, rasch einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die Förderung erneuerbarer Energieträger aufzustellen (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/>

Zum Initiativbericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

EP NIMMT NACH PARLAMENTSDEBATTE ENTSCHEIDUNG ZU FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA AN

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach Erklärungen des Rates und der Kommission sowie einer Parlamentsdebatte am Vortag eine Entschließung zu den Verhandlungen der EU mit den USA über ein Handels- und Investitionsabkommen angenommen (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Darin befürwortet das EP die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA und begrüßt, dass damit der gegenseitige Marktzugang, der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse sowie die Entwicklung gemeinsamer und für alle auf beiden Seiten agierenden Behörden verbindliche Regeln für weitestgehende Handelserleichterungen vorangetrieben werden sollen. Als „Verhandlungsfeld mit sensiblem Charakter“ bezeichnet das EP den Agrarsektor und fordert die Achtung der grundlegenden Wertorientierungen beider Seiten. Es bezieht sich dabei insbesondere auf die unterschiedlichen Auffassungen zu genetisch veränderten Organismen, zum Klonen und zum Verbraucherschutz. Zudem fordert das EP die Aufhebung des Einfuhrverbots „für Rindfleischzeugnisse aus der EU als vertrauensbildende Maßnahme“.

Pressemitteilung des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/>



Zum angenommenen Text der Entschließung :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20130523&secondRef=TOC&language=de>

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

EUROPÄISCHES PARLAMENT: PLENUM IN STRASSBURG NIMMT MIT GROSSER MEHRHEIT ENTSCHEIDUNG ZU RENTEN AN

Das Europäische Parlament (EP) hat bei seiner Plenartagung in Straßburg am 21.5.2013 mit großer Mehrheit (502 Stimmen, 138 Gegenstimmen und 49 Enthaltungen) eine Entschließung über eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten angenommen, die auf dem Bericht der Berichterstatterin MdEP *Ria Oomen-Ruijten* (EVP/NLD) basiert. Hintergrund dieser Antwort auf das Weißbuch der Kommission vom Februar 2012 sind die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU sowie die demografische Entwicklung, die die Rentensysteme der Mitgliedstaaten unter Druck setzen. Der Entwurf betont die Rolle der gesetzlichen Renten bei der Wahrung eines angemessenen Lebensstandards für alle und fordert die Mitgliedstaaten auf, diese Renten zu sichern.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/>

BESCHLUSS DES PRÄSIDENTEN DES GERICHTS DER EU: DEUTSCHLAND DARF BISHERIGE GRENZWERTE FÜR SCHWERMETALLE IN SPIELZEUG VORERST WEITERHIN ANWENDEN

Nach einer Entscheidung des Präsidenten des Gerichts der Europäischen Union im einstweiligen Rechtsschutz darf Deutschland bis zur Entscheidung in der Hauptsache seine Grenzwerte für Antimon, Arsen, Quecksilber, Barium und Blei bei Spielzeug beibehalten.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-198/12>

GUTE ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES EU-SCHNELLWARNSYSTEMS RAPEX ÜBER GEFÄHRLICHE NON-FOOD-PRODUKTE IM JAHR 2012

Die Warnmeldungen der Mitgliedstaaten über RAPEX, das EU-System zum raschen Informationsaustausch über gefährliche Produkte (außer Lebensmitteln) haben im vergangenen Jahr um 26 % zugenommen. Dies dürfte nach Ansicht der Kommission auf eine bessere Durchsetzung durch die Behörden in den EU-Ländern zurückzuführen sein.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-438_de.htm



PERSPEKTIVEN FÜR „EUROPE'S LOST GENERATION“

Über verschiedene Wege der Hilfe für die vielen arbeitslosen Jugendlichen in zahlreichen EU-Staaten sowie über die Zukunft von Europas Beschäftigungs- und Bildungspolitik diskutierten Politiker und Experten am 15.05.2013 in Brüssel. Die Veranstaltung wurde u. a. von Friends of Europe, einem unabhängigen Think Tank, Eurofound und der Irischen Ratspräsidentschaft organisiert. *Androulla Vassiliou*, Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, bezeichnete die Jugendarbeitslosigkeit als derzeit größte europäische Herausforderung.

Programm (in englischer Sprache):

<http://www.friendsofeurope.org/Contentnavigation/Events/>

INTERNATIONALER TAG DER FAMILIEN: SENSIBILISIERUNG FÜR MÖGLICHKEITEN DES AUSGLEICHS VON FAMILIE UND ARBEIT IM EP

Anlässlich des internationalen Tags der Familien am 15.05.2013 wurden im Europäischen Parlament (EP) u. a. die Rolle der Familie, aktuelle Trends und bewährte Methoden der Familienpolitik diskutiert. Ziel war auszuloten, wie eine gute Balance zwischen Familienleben und Erwerbstätigkeit erreicht werden kann und wie Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gesellschaft dies unterstützen können. Veranstalter waren eine Reihe von Organisatoren, die sich für Familien einsetzen.

<http://www.family2014.org/brussels.php>

ERWERBSLOSENQUOTEN IN DEN REGIONEN DER EU REICHEN VON 2,5 % BIS 38,5 %

Nach den aktuellen Erwerbslosenquoten für die 270 NUTS 2 Regionen der EU von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, herrschten im vergangenen Jahr erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen. Die Erwerbslosenquoten reichen von 2,5 % in Salzburg und Tirol sowie 2,7 % in Tübingen, Oberbayern und Trier bis zu 38,5 % in Ceuta, 34,6 % in Andalucía, und je 33 % in Extremadura und Canarias, alle in Spanien. Die niedrigste Jugenderwerbslosenquote verzeichnet Oberbayern mit 4,2% vor Tübingen (4,5 %) und Freiburg (4,8 %), während Dytiki Makedonia in Griechenland mit 72,5 %, Ceuta mit 70,6 % und Canarias mit 62,6 % in Spanien die höchsten Erwerbslosenquoten bei jungen Menschen aufweisen.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-78_de.htm

FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN: KOMMISSARIN REDING DISKUTIERT MIT WIRTSCHAFT

Die Möglichkeiten für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen diskutierte die Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft *Viviane Reding* mit dem Geschäftsführer des Unternehmens Accenture *Markus Klimmer* am 14.05.2013. Sie wies dabei darauf hin, dass im letzten Jahr der bisher höchste Anstieg des Frauenanteils in Leitungsorganen in der EU von 13,7 % (Januar 2012) auf 15,8 % (Januar 2013) verzeichnet werden konnte. Dabei stieg die Quote in Aufsichtsräten von 15 % auf 17 % und in der Geschäftsführung von 8,9 % auf 10 %. Der höchste



Anstieg sei in Ländern zu verzeichnen gewesen, die vor kurzem eine gesetzliche Regelung in diesem Bereich erlassen hätten.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-430_en.htm?locale=en

EP NIMMT NEUE REGELN FÜR PYROTECHNISCHE GEGENSTÄNDE AN

Das EP hat am 22.05.2013 den Richtlinienvorschlag der Kommission für eine Vereinfachung des Binnenmarktes für pyrotechnische Gegenstände als ersten Vorschlag eines Pakets von neun Richtlinienvorschlägen zur Produktsicherheit angenommen. Der Rat, der seine Zustimmung bereits erteilt hat, kann die vorgeschlagene Richtlinie in Kürze verabschieden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-448_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

ERGEBNISSE DES EU-BILDUNGSMINISTERRATES AM 16.05.2013 IN BRÜSSEL

In ihrer Sitzung am 16.05.2013 verabschiedeten die Bildungsministerinnen und -minister Schlussfolgerungen des Rates zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung. Eine Orientierungsaussprache wurde zum Thema „Gewährleistung einer Lehrtätigkeit von höchster Qualität zur Unterstützung besserer Lernergebnisse“ geführt. Diese wurde auf österreichische Initiative mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Jugendbeschäftigungspakets (EB 22/12 sowie EB 05/13) und dessen rasche Umsetzung in den Mitgliedstaaten unter Einbezug der Bildungsminister eingeleitet. In der eigentlichen Debatte herrschte Einigkeit über die Schlüsselrolle, die Lehrkräfte für die Vermittlung tragfähiger arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen in der jungen Generation spielen, sowie über die kaum zu überschätzende Bedeutung von Lehrerausbildern an Universitäten und Schulen. Der Vorsitz informierte zudem über die Verhandlungen über das künftige EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport, die man nun zügig abschließen wolle. Schließlich berichtete Kommissarin *Vassiliou* über bislang ungelöste Probleme bei der Entsendung von Personal aus den Mitgliedstaaten an die Europäischen Schulen. Die künftige litauische Ratspräsidentschaft kündigte an, sich den Themen Effizienz in der Hochschulbildung, schulische Leitungsfunktionen und digitale Bildung annehmen zu wollen. Deutschland wurde auf der Ratstagung durch Staatssekretär *Dr. Georg Schütte* vertreten. Die Bundesratsbeauftragte im Ministerrang *Dr. Martina Münch* (Brandenburg) sagte wegen des erneut angewendeten „Inner-circle-Formats“ kurzfristig ab. Staatssekretär *Schütte* verwies in seinem Redebeitrag auf das für Deutschland problematische Sitzungsformat, das eine adäquate Repräsentation von Bund und Ländern verunmögliche, und kritisierte, dass die Frage der Sitzungsorganisation schwerer wiege als die Verfasstheit eines Mitgliedstaates.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08574-co01.de13.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08573.de13.pdf>



ERGEBNISSE DES JUGENDMINISTERRATS AM 16.05.2013

Die EU-Jugendminister nahmen bei ihrem Treffen am 16.5.2013 Schlussfolgerungen zur bestmöglichen Nutzung des Potenzials der Jugendpolitik im Hinblick auf die Ziele der Strategie Europa 2020 sowie zum Beitrag einer qualitativvollen Jugendarbeit zur Entwicklung, zum Wohlbefinden und zur sozialen Inklusion junger Menschen an. In ihrer Orientierungsaussprache tauschten sich die Ministerinnen und Minister aus zum Thema „Junge Menschen in Europa: Welchen Beitrag kann eine qualitativvolle Jugendarbeit zur Bewältigung der derzeitigen Herausforderungen leisten?“. Die Sitzung wurde abgerundet durch die Vorstellung des jugendpolitischen Arbeitsprogramms der künftigen litauischen Ratspräsidentschaft, die unter dem gemeinsamen Thema „Soziale Inklusion“ der derzeitigen Triopräsidentschaft einen stärkeren Fokus auf junge Menschen legen wird, die ohne Arbeit sind und sich nicht in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st09/st09094.de13.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08575.de13.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08578.de13.pdf>

ERGEBNISSE DES SPORTMINISTERRATS AM 17.05.2013

Bei ihrer Sitzung am 17.05.2013 nahmen die EU-Sportminister Schlussfolgerungen zur dualen Karriere von Sportlern an, die Leitlinien zur Entwicklung und Verbesserung der Bedingungen enthalten, unter denen Sportkarrieren sich sinnvoll verbinden lassen mit einer Teilnahme an Bildungsangeboten oder einer Berufstätigkeit. Der Sportbereich will auf diese Weise insbesondere zu den bildungsbezogenen Europa-2020-Zielen beitragen. Zudem wurden die Minister informiert über die Tagung der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) am 11./12.05.2013 in Montreal sowie über den aktuellen Sachstand zur Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Europäischen Kommission, sich im Namen der EU an den Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung der Manipulation von Sportergebnissen zu beteiligen. Eine Orientierungsaussprache fand zum Thema „Die Rolle der staatlichen Behörden bei der Bekämpfung immer ausgefeilterer Dopingmethoden im Sport“ statt. Hier berichtete der Leiter der UA-Anti-Doping Agentur (USADA) *Travis Tygart* über erfolgreiche Ansätze der USADA und rief zum Engagement aller öffentlichen Stellen innerhalb eines klaren und sanktionsbewehrten rechtlichen Rahmens auf. Die Mitgliedstaaten betonten die Notwendigkeit einer effizienteren Aufklärung, größerer Anstrengungen im präventiven Bereich, einer engeren Zusammenarbeit durch Informationsaustausch und eine arbeitsteilige Vorgehensweise sowie weiterer Angleichung des rechtlichen Rahmens. Dabei sei mit Blick auf die Individualrechte der Sportler ein Gleichgewicht zu wahren, insbesondere beim Datenschutz. Abschließend informierte Litauen darüber, dass unter seiner Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte u.a. die Themen gesundheitsfördernde physische Aktivitäten und finanzielle Aspekte des Sports vertieft behandelt würden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08795.de13.pdf>



PERSPEKTIVEN FÜR „EUROPE'S LOST GENERATION“

Über verschiedene Wege der Hilfe für die vielen arbeitslosen Jugendlichen in der EU sowie über die Zukunft von Europas Beschäftigungs- und Bildungspolitik diskutierten Politiker und Experten am 15.5.2013 in Brüssel. Die Veranstaltung wurde u. a. von Friends of Europe, einem unabhängigen Think Tank, Eurofound und der irischen Ratspräsidentschaft organisiert. *Androulla Vassiliou*, Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, bezeichnete die Jugendarbeitslosigkeit als derzeit größte europäische Herausforderung, und verwies in diesem Zusammenhang auf die in der Mitteilung „Neue Denksätze für die Bildung“ angekündigten Initiativen der Kommission (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://www.friendsofeurope.org/Contentnavigation/Events/Eventsoverview/tabid/1187/EventType/EventView/EventId/1198/EventDateID/1198/PageID/6278/SavingEuropesLostGeneration.aspx>

STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

ERGEBNISSE DES EU-KULTURMINISTERRATS AM 17.05.2013 IN BRÜSSEL

Der Kulturministerrat am 17.05.2013 fand aus deutscher Sicht unter den erschwerenden Vorzeichen der veränderten Sitzordnung statt, die jedem Mitgliedstaat nur einen Sitzplatz am Verhandlungstisch zuwies („inner circle“). Dies führte zum Fernbleiben der politischen Vertreter von Bund und Ländern, Staatsminister *Neumann* und Staatsminister *Heubisch*. Als Delegationsleiter ging Botschafter *Peruzzo* auf die für Deutschland aus der Sitzordnung erwachsenden Probleme ein und verwies auf die in diesem Zusammenhang erfolgte Absage der politischen Ebene. Inhaltlich führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema Kultur in EU-Außenbeziehungen und billigte dabei den eingeleiteten Prozess allgemein. Kontrovers war der Gedankenaustausch zum Verhandlungsmandat der EU für das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA im Hinblick auf die Kernfrage, ob Kultur und Medien vom Anwendungsbereich des Abkommens erfasst werden sollen, wobei sich Befürworter und Gegner einer Kulturausnahme die Waage hielten. Der Rat einigte sich auf eine allgemeine Ausrichtung zur Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ für die Jahre 2020 - 2033 und ernannte Aarhus, Paphos und Valletta zu den Kulturhauptstädten für die Jahre 2017 und 2018. Die deutsche Delegation problematisierte Auswirkungen der EU-Beihilfereform auf die staatliche Förderung von Kultureinrichtungen. Die künftige litauische Präsidentschaft nannte als Vorhaben den Abschluss der Verhandlungen zu der Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ sowie zum Förderprogramm „Kreatives Europa“, die Überarbeitung der Richtlinie 93/7/EWG (Kulturgüterrückgabe) sowie die Kulturabkommen der EU mit Peru und Kolumbien.

Debattenleitfaden Kultur in EU-Außenbeziehungen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08235.de13.pdf>



ERGEBNISSE DES EU-BILDUNGSMINISTERRATS AM 16.05.2013 IN BRÜSSEL

In ihrer Sitzung am 16.05.2013 verabschiedeten die Bildungsministerinnen und -minister unstreitige Schlussfolgerungen des Rates zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung. Eine Orientierungsaussprache wurde zum Thema „Gewährleistung einer Lehrtätigkeit von höchster Qualität zur Unterstützung besserer Lernergebnisse“ geführt. In der Debatte herrschte Einigkeit über die Schlüsselrolle, die Lehrkräfte für die Vermittlung tragfähiger arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen bei der jungen Generation spielen, sowie über die kaum zu überschätzende Bedeutung von Lehrerausbildern an Universitäten und Schulen. Der Vorsitz informierte zudem über die Verhandlungen über das künftige EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport, die man nun zügig abschließen wolle. Die künftige litauische Ratspräsidentschaft kündigte an, sich den Themen Effizienz in der Hochschulbildung, schulische Leitungsfunktionen und digitale Bildung annehmen zu wollen. Deutschland wurde auf der Ratstagung durch Staatssekretär *Dr. Georg Schütte* vertreten, während die Bundesratsbeauftragte im Ministerrang, *Dr. Martina Münch* (Brandenburg), wegen des erneut angewendeten „Inner-circle-Formats“ kurzfristig absagte. Staatssekretär *Schütte* verwies in seinem Redebeitrag auf das für Deutschland problematische Sitzungsformat, das eine adäquate Repräsentation von Bund und Ländern verunmögliche, und kritisierte, dass die Frage der Sitzungsorganisation schwerer wiege als die Verfasstheit eines Mitgliedstaats.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08574-co01.de13.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st08/st08573.de13.pdf>

RECHTLICHER RAHMEN FÜR ARCHIVIERUNG DER HISTORISCHEN DATEN DER EU-ORGANE VERABSCHIEDET

Am 21.05.2013 verabschiedete das EP mit breiter Mehrheit eine aktualisierte Rechtsgrundlage für die Aufbewahrung der historischen Archive der EU beim Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz. Die europäischen Organe sind bereits durch eine bestehende Verordnung verpflichtet, historische Archive zu erstellen und der Öffentlichkeit nach einer Frist von 30 Jahren zugänglich zu machen. Mit der Aufbewahrung beim EHI soll ein zentraler Standort für den Archivzugang geschaffen werden. Dadurch werden die Konsultation der Archive und die Erforschung der Geschichte der europäischen Integration gefördert. Die EU betrachtet die historischen Archive der Organe der EU als Teil des kulturellen Erbes Europas. Die Freigabe für die Öffentlichkeit dient v. a. wissenschaftlichen, bildungspolitischen und kulturellen Zwecken.

Vorschlag für eine Verordnung zur Bestimmung des EHI zum Standort der historischen Archive der Europäischen Organe:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0456:FIN:DE:PDF>

EP FORDERT BEREICHAUSNAHME FÜR KULTUR IM VERHANDLUNGSMANDAT FÜR DAS FREIHANDELSSABKOMMEN DER EU MIT DEN USA

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach einer Parlamentsdebatte am Vortag eine Entschließung zu den Verhandlungen der EU mit den USA über ein Handels- und Investitionsabkommen angenommen. Darin



befürwortet das EP die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA, fordert aber auch Einschränkungen, u. a. im Bereich von Kultur und Medien/Audiovisuellem. So hält es das EP in Ziffer 11 seiner Entschließung für unerlässlich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Möglichkeit wahren, ihre Politik im kulturellen und audiovisuellen Bereich zu erhalten und weiterzuentwickeln, und zwar im Rahmen ihres Besitzstandes an Rechtsvorschriften, Normen und Übereinkommen. Das EP fordert daher, „dass die Ausklammerung von Diensten mit kulturellen oder audiovisuellen Inhalten, auch online, im Verhandlungsmandat eindeutig festgehalten wird“. Das EP musste zwar für die Aufnahme von Verhandlungen nicht offiziell beteiligt werden, für die Annahme des ausgehandelten Abkommens ist seine Zustimmung aber erforderlich (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/>

Zum angenommenen Text der Entschließung :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20130523&secondRef=TOC&language=de>

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

AGRARRAT VOM 13. - 14.05.2013 IN BRÜSSEL

Vom 13. - 14.05.2013 fand der Rat für Landwirtschaft und Fischerei in Brüssel statt. Die irische Ratspräsidentschaft informierte u. a. über den Stand der Triloggespräche zur GAP-Reform (s. hierzu den gesonderten Bericht des StMELF in diesem EB). Im Zusammenhang mit der Revision der Tabakprodukt-Richtlinie wies Griechenland auf die zu befürchtenden negativen wirtschaftlichen Konsequenzen auf den Tabaksektor hin und wurde dabei von sechs weiteren Mitgliedstaaten unterstützt. Zahlreiche Arbeitsplätze, v. a. in Familienbetrieben im ländlichen Raum, seien gefährdet. Die vorgeschlagenen zugelassenen Emissionswerte führten zu einer Diskriminierung von Burley-Tabak, der v. a. in Griechenland angebaut werde. Zum Gesundheitsschutz und zur Raucherprävention werde die Regelung nicht beitragen, da die Konsumenten zu außereuropäischen, teilweise illegal hergestellten Produkten greifen könnten. Für die Kommission stellte Kommissar *Cioloş* klar, dass der Vorschlag nicht gegen eine Tabaksorte gerichtet sei und Maßnahmen gegen illegalen Handel vorgesehen seien. Es gehe bei dem Vorschlag darum, Leben zu retten.

Vorläufige Pressemitteilung:

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/137095.pdf



EMISSIONSHANDEL - BILANZ 2012 - EMISSIONSRÜCKGANG BEI GLEICHZEITIGEM ANSTIEG DES ZERTIFIKATSÜBERSCHUSSES

Klimakommissarin *Connie Hedegaard* zog am 16.05.2013 Bilanz der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2012. Nach den Angaben aus dem Unionsregister sind die Emissionen der am Handelssystem (ETS) teilnehmenden Anlagen im vergangenen Jahr um 2 % zurückgegangen, gleichzeitig hat sich aber die Überallokation bei den CO₂-Berechtigungen weiter ausgeweitet. Mit 1.867 Mrd. t CO₂-Äquivalenten lagen die erfassten Emissionen um etwa 2 % unter dem Wert für 2011, der Gesamtüberschuss an Zertifikaten erhöht sich allerdings auf beinahe 2 Milliarden.

Portal der GD Klimapolitik für die Register auf EUROPA:

http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry/index_en.htm

Zuteilungen an CO₂-Berechtigungen und geprüfte Emissionen:

http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/monitoring/docs/compliancetable1_en.pdf

ENERGIEBINNENMARKT: INITIATIVBERICHT ÜBER AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER

Das EP hat am 21.05.2013 einen Initiativbericht von Berichterstatter *Herbert Reul* (CDU) mit großer Mehrheit (465/177/46) angenommen, in dem es sich den aktuellen Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem europäischen Energiebinnenmarkt widmet. Der Bericht betont dabei die wichtige Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Steigerung ihres Anteils am Energiemix. Er fordert die rasche Vollendung des Energiebinnenmarktes, den Ausbau der notwendigen Energieinfrastrukturen, die stärkere Einbindung der Perspektiven des Verbrauchers, die Gewährleistung offener und fairer Energiemärkte im internationalen Handel und die gezielte Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung (F&E&I) im Energiebereich. Schließlich appelliert das EP an die Mitgliedstaaten und die Kommission, rasch einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die Förderung erneuerbarer Energieträger aufzustellen (s. den Bericht des StMWIVT in diesem EB).

Linkliste Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130521IPR08727/html/Energy-mix-EU-needs-fixed-target-for-renewables'-share-by-2030-MEPs-say>

Zum Initiativbericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013-0135+0+DOC+PDF+V0//DE>

EP NIMMT NACH PARLAMENTSDEBATTE ENTSCHEIDUNG ZU EINER MAKROREGIONALEN STRATEGIE FÜR DIE ALPEN AN

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach einer Parlamentsdebatte eine EntschlieÙung zu einer makroregionalen Strategie für die Alpen angenommen, die das Bestreben der Alpenregionen nach größerer



Kooperation und Verbesserung in den Bereichen Mobilität, Energiesicherheit, Umweltschutz, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Kulturaustausch und Zivilschutz im Rahmen einer makroregionalen Strategie unterstützt. Die gemeinsame Strategie würde gerade auch für den Bereich der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) einen großen Mehrwert bedeuten. Alle bisherigen Initiativen auf regionaler, nationaler und EU-Ebene müssten sich dabei aber ergänzen und insbesondere die Inhalte der Alpenkonvention berücksichtigen. Auch müsse sich die Alpenstrategie an die bereits existierenden makroregionalen Strategien für den Ostsee- bzw. den Donauroum anlehnen und die mit diesen gemachten Erfahrungen einbeziehen. Die Bestrebungen vieler Abgeordneter, u. a. der Grünen, den geografischen Anwendungsbereich der Alpenstrategie in einem Absatz (Absatz 5, über den gesondert abgestimmt wurde) auf den der Alpenkonvention zu beschränken, konnten sich am Ende nicht durchsetzen.(s. hierzu Bericht des StMWIVT in diesem EB).

Zur Entschließung des EP (Stand vor der Abstimmung, Abs. 5 wurde abgelehnt):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2013-0190&language=DE>

DONAUSTRATEGIE ERHÄLT SECHS WISSENSCHAFTLICHE CLUSTER ZUR GEGENSEITIGEN VERNETZUNG

Im Rahmen der hochrangigen Tagung in Bratislava zur Donaustrategie haben die Kommission, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger am 16.05.2013 den Startschuss für sechs neue wissenschaftliche Cluster zur weiteren Vernetzung in der Donauregion gegeben. Diese sollen künftig die wissenschaftlichen Grundlagen für die Donaustrategie liefern und die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Region fördern. Die Cluster konzentrieren sich dabei auf sechs Themen: Wasser, Land und Boden, Bioenergie, Luft, Datenaustausch und -harmonisierung sowie intelligente Spezialisierung. Während sich Wissenschaftler der 14 Donauanrainerstaaten regelmäßig zum Austausch treffen sollen, sollen die politischen Entscheidungsträger einmal jährlich über die aktuellen Clusteraktivitäten informiert werden (s. hierzu den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Linkliste Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-440_de.htm?locale=en

ÖKO-INNOVATIONEN - NEUER CIP-PROJEKTAUFRUF FÜR MARKTGERECHTE UMWELTLÖSUNGEN

Die Kommission hat im Rahmen der CIP-Initiative Öko-Innovationen am 16.05.2013 einen neuen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht. Insgesamt 31,5 Mio. € werden hierbei für die 45 besten Öko-Innovationsprojekte zur Verfügung gestellt. Interessierte Unternehmer können zu fünf ausgewählten Themenbereichen (Materialrückführung, Wasser, nachhaltige Baustoffe, umweltfreundliche Geschäftspraktiken sowie Lebensmittel und Getränke) entsprechende Anträge bis zum 05.09.2013 eingereichen.



CIP Öko-Innovations-Initiative:

<http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/>

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Öko Innovationen 2013:

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/apply-funds/call-proposal/index_en.htm

GRENZÜBERSCHREITENDE GESUNDHEITSBEDROHUNGEN: RAT BESTÄTIGT EINIGUNG MIT EP

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) stimmte am 15.05.2013 einem mit dem EP im Trilog am 06.05.2013 erzielten Kompromiss zu einer Entscheidung zu grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen (EB 22/12) zu. Bestehende Kooperations- und Koordinierungsmechanismen zwischen den Mitgliedsstaaten zu übertragbaren Krankheiten sollen so auf weitere Gesundheitsgefahren ausgeweitet und gestärkt werden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/137136.pdf

BERICHT ÜBER DIE QUALITÄT DER EU-BADEGEWÄSSER

Die Europäische Umweltagentur (EUA) stellte am 21.05.2013 ihren jährlichen Badegewässerbericht vor. Der Bericht gibt eine umfassende Übersicht über die Qualität der Badegewässer in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und Kroatien in der Badesaison 2012. Auf diese Weise liefert der Bericht einen Hinweis auf Gebiete, in denen für die Saison 2013 eine gute bis ausgezeichnete Badegewässerqualität zu erwarten ist. Der Bericht zeigt ebenfalls die Entwicklung der Qualität der Badegewässer von 1990 bis 2012 auf.

Eye on Earth-Website:

<http://eyeonearth.org/map/WaterWatch/>

Bericht „Qualität der Europäischen Badegewässer 2012“:

<http://www.eea.europa.eu/de/publications/qualitaet-der-europaeischen-badegewaesser-2012>

IUK- UND MEDIENPOLITIK

SITZUNG DES MEDIENMINISTERRATS AM 17.05.2013

An der Sitzung des Medienministerrats am 17.05.2013, an dem als Reaktion auf das von der irischen Ratspräsidentschaft eingeführte Sitzungsformat „inner circle“ für die deutsche Seite kein Vertreter im Ministerrang teilnahm, wurden die Themen Filmmitteilung und Kulturbereichsausnahme bei der Mandatserteilung für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU behandelt. Bei dem vorangegangenen informellen Arbeitsfrühstück tauschten die Mitgliedstaaten ihre ersten Reaktionen auf das Grünbuch Connected TV der Kommission aus.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/educ/137150.pdf



EP WILL SCHUTZ DER MEDIENFREIHEIT STÄRKEN

Am Dienstag 21.05.2013 wurde im EP ein Initiativbericht zum jährlichen Monitoring des nationalen Medienrechts abgestimmt. Laut der Entschließung muss europaweit für einen besseren Schutz der Medienfreiheit und –pluralismus und für verbesserte Arbeitsbedingungen für Journalisten eingetreten werden.

Entschließung des EP vom 21.05.2013 über die EU-Charta: Normensetzung für die Freiheit der Medien in der EU:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0203+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

MARKTANTEILE EUROPÄISCHER FILME AUF NEUEM REKORDNIVEAU

Die Zuschauerzahlen europäischer Filme verzeichneten 2012 mit einem Anstieg um 12 % auf 313 Millionen ein neues Rekordniveau, während die Kinobesucherzahlen jedoch im Vergleich zum Vorjahr europaweit um 2,2 % auf 933,3 Millionen zurückgegangen sind.

Mitteilung der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle:

http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/mif2013_cinema.html

RAT HAT MANDAT FÜR ENISA VERLÄNGERT

Der Rat für allgemeine Angelegenheiten (RfAA) hat am 14.05.2013 der Mandatsverlängerung für ENISA zugestimmt (EB 07/13). Zu den Aufgaben der EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit gehört u. a. eine stärkere Koordinierung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten zur Sicherung der Netzwerksicherheit. Mit der Mandatsverlängerung um weitere sieben Jahre gehen eine Ausweitung der Aufgabenbereiche und eine bessere Integration in die EU-Strukturen einher. Im September 2013 wäre das aktuelle Mandat von ENISA ausgelaufen.

Weitere Informationen:

<http://www.consilium.europa.eu/>

EP NIMMT NACH PARLAMENTSDEBATTE ENTSCHEIDUNG ZU FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA AN

Das EP-Plenum hat am 23.05.2013 nach einer Parlamentsdebatte am Vortag eine Entschließung zu den Verhandlungen der EU mit den USA über ein Handels- und Investitionsabkommen angenommen. Darin befürwortet das EP die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA, fordert aber auch Einschränkungen, u. a. im Bereich von Kultur und Medien/Audiovisuellem. So hält es das EP in Ziffer 11 seiner Entschließung für unerlässlich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Möglichkeit wahren, ihre Politik im kulturellen und audiovisuellen Bereich zu erhalten und weiterzuentwickeln, und zwar im Rahmen ihres Besitzstandes an Rechtsvorschriften, Normen und Übereinkommen. Das EP fordert daher, „dass die Ausklammerung von Diensten mit kulturellen oder audiovisuellen Inhalten, auch online, im Verhandlungsmandat eindeutig festgehalten wird“. Das EP musste zwar für die Aufnahme von Verhandlungen nicht offiziell beteiligt werden,



für die Annahme des ausgehandelten Abkommens ist seine Zustimmung aber erforderlich (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des EP :

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130520IPR08593/html/EUUS-Handelsgespr%C3%A4che-Das-Parlament-an-Bord-behalten>

Zum angenommenen Text der Entschließung :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20130523&secondRef=TOC&language=de>